



Justizministerium Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Herrn  
Vorsitzenden des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Dr. Ingo Wolf  
40221 Düsseldorf



Seite 1 von 1

Datum:  
24.04.2017

Bearbeiter:  
Herr Jörg Ludley  
Telefon: 0211 8792-540  
Aktenzeichen:  
4403 - IV. 1 Sdb. Köln

nachrichtlich:

– Rechtsausschuss des Landtags  
- Referat I 1-  
40221 Düsseldorf

— **76. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 26. April  
2017**

Öffentlicher Bericht der Landesregierung zu dem Tagesordnungspunkt 5  
"Fehlendes Personal in der JVA Köln?"

**Anlagen**

60

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

– als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung  
zu dem o.g. Tagesordnungspunkt in 60-facher Ausfertigung zur Weiter-  
leitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kutschaty





## **Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Sitzung des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 26.04.2017**

**Schriftlicher Bericht zum TOP 5  
„Fehlendes Personal in der JVA Köln?“**

Die Justizvollzugsanstalt Köln zeigte im vergangenen Jahr eine negative Entwicklung bei der Zahl der Mehrarbeitsstunden. Der Mehrarbeitsstundenstand stieg von Dezember 2015 mit 105,20 Stunden je Bedienstetem kontinuierlich auf 128,71 Stunden im September 2016 an. Der Landesdurchschnitt lag im September 2016 bei 78,42 Mehrarbeitsstunden je Bedienstetem.

Im Rahmen eines Besuchs des Abteilungsleiters IV des Justizministeriums NRW, Herrn Ministerialdirigent Schenkelberg, im August 2016 wurden die Personalsituation und mögliche Ursachen mit der Anstaltsleitung und der Personalvertretung erörtert. Dabei zeigte sich die Anstalt gegenüber dem Vorschlag, sich durch erfahrene Praktiker aus anderen Anstalten im Sinne eines "best practice" beraten zu lassen, offen.

Herr Abteilungsleiter IV hat daher den Leiter der Justizvollzugsanstalt Herford, Herrn Leitenden Regierungsdirektor Waldmann, gebeten, die Situation der Justizvollzugsanstalt Köln im allgemeinen Vollzugsdienst einer Analyse zu unterziehen und – soweit möglich – Maßnahmen zur Reduzierung des Mehrarbeitsstundenstands vorzuschlagen. Herr Leitender Regierungsdirektor Waldmann wird bei diesem Vorhaben von dem Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes der Justizvollzugsanstalt Remscheid, Herrn Justizvollzugsamtmann Mitterbauer, unterstützt.

Die Ergebnisse der Unterstützungsaktion werden nach Mitteilung von Herrn Leitenden Regierungsdirektor Waldmann erst Ende Mai 2017 vorliegen.

Eine vergleichbare Unterstützungsaktion für andere Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen hat es bisher nicht gegeben.